

**Zeitschrift:** Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge  
**Herausgeber:** Bioforum Schweiz  
**Band:** 53 (1998)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die Widersprüche im Agrarbereich werden immer unerträglicher  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-891718>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der folgende Beitrag stammt aus der Zeitschrift «Aktives Land», die sich in Österreich u.a. kritisch mit der EU-Agrarpolitik auseinandersetzt. Früher oder später wird auch die Schweiz zur EU gehören. Es dürfte deshalb klug sein, sich jetzt schon mit der EU-Agrarpolitik auseinanderzusetzen und sich darauf vorzubereiten. Red.

## Die Widersprüche im Agrarbereich werden immer unerträglicher

Man bekämpft auf der einen Seite, was man auf der anderen duldet oder fördert. Alle Empörung nach Brüssel zu kanalisieren, ist unfair. Preis- und Unabhängigkeitsverluste durch Gentechnik.

### Der aktuelle Anlass zu den provokanten Schlagzeilen

Erstens:

#### Die Gentechnikdiskussion

Gewisse Gruppen in unserer Gesellschaft und auch unter den Bauern sprechen sich gegen die Zulassung genmanipulierter Pflanzen in der landwirtschaftlichen Produktion aus. Führende Agrarfunktionäre und Fachbeamte und auch viele Bauern sprechen sich dafür aus. Sie weisen auf die Wettbewerbsnachteile hin, die sich bei einem Verzicht auf die Nutzung der Gentechnik für die Landwirtschaft ergeben. So z. B.:

- Wenn eine neue Technologie den Bauern international Wettbewerbsvorteile verschafft, wir sie aber ablehnen, laufen wir Gefahr, Erlöse aus dem Produkt zu verschenken oder – Ich brauche keine genveränderten Lebensmittel, aber den Bauern können nicht noch grössere Wettbewerbsnachteile zugemutet werden.

Auf jeden Fall sind vom Einsatz genmanipulierter Pflanzen direkt oder indirekt weitere Ertragssteigerungen zu erwarten. Damit argumentiert auch die anbietende Agrarindustrie und das erhoffen sich auch die Bauern.

#### Zweitens: Die neuen AGENDA-Vorschläge

Die laufenden Ertragssteigerungen in der EU-Landwirtschaft sind nun wiederum genau das

Problem, mit denen die EU-Agrarpolitik zu kämpfen hat. Sie sind die Ursache für die neuen Reformvorschläge.

Diese sehen vor, in der Zeit zwischen 2000 und 2006 die Erzeugerpreise für Getreide, Fleisch und Milch in Etappen weiter zu senken. Als Ausgleich hierfür soll es eine Erhöhung bzw. z. T. auch eine Neueinführung von Prämien geben. Diese können aber die neuerlichen Preisverluste keinesfalls voll kompensieren.

Die Folge: Weitere Einkommensverluste für die Bauern. Empörung bei den Bauernvertretern und den Bauern selbst.

### Der Anlass für diese neuen EU-Reform-Vorschläge

1.) Die Überschussproduktion nimmt in der EU wieder zu. Es scheinen die schon abgesenkten Preise verbunden mit Prämien nicht auszureichen, um die Lust an einer weiteren Produktionssteigerung zu dämpfen. Prämien, also nicht an eine bestimmte Produktionsmenge gebundene Einkommen, könnten an sich ein Mittel sein, um Produktionszwänge zu verringern. Weil die Prämien andererseits aber an Flächen bzw. Stückzahlen gebunden sind und weil Bauern schon seit jeher gewöhnt sind, niedrige Preise mit höheren Produktionsmengen zu kompensieren, hat der Weg der letzten Jahre nicht zur erhofften Marktentspannung geführt.

2.) Die EU-Mittel sind begrenzt, um die Verwertung weiterer Überschüsse zu den derzeitigen Bedingungen finanzieren zu können. Ausserdem sind der EU bei der Subventionierung von Agrarexporten auf den Weltmarkt die Hände gebunden, (WTO-Bestimmungen, Vermeidung eines unlauteren Wettbewerbes auf dem Weltmarkt gegenüber jenen Exportländern, die Exporte nicht subventionieren können oder wollen).

3.) Auf dem Weltmarkt sind Überschüsse abzusetzen, aber nur zu den dort erzielbaren Preisen. Beim grössten Teil der EU-Bauern liegen aber die Produktionskosten höher als die derzeitigen Weltmarktpreise.

4.) Wenn die EU mit der geplanten Reform die Preise in etwa auf das Weltmarktniveau senkt, hat sie mit der Überschussverwertung kaum mehr Probleme. Das Risiko bleibt bei den Bauern. Die Lasten dieser Entwicklung und dieser Politik haben **alle Bauern gemeinsam zu tragen**, auch jene, die an der steigenden Überschussproduktion nicht Schuld sind.

Neben den zusätzlichen Prämien sehen die neuen Reformvorschläge sodann noch weitere Prämien für eine umweltgerechte Produktion vor. Wer mehr tut für die Umwelt und die Qualität und damit weniger zur Über-

schussproduktion beiträgt, soll dafür belohnt werden. Dafür sind die EU-Steuerzahler am allermeisten zu haben.

### EU-Reformvorschläge entbehren nicht einer logischen Konsequenz

Wir haben keinerlei Veranlassung und noch weniger Verpflichtung, die EU und ihre Agrarpolitik zu verteidigen. Ehrlicherweise muss man aber sagen, dass die neuen EU-Reformvorschläge nicht einer verständlichen Logik entbehren.

- Wenn die Bauern trotz bestehender Überschüsse bei der Produktion weiterhin «Gas geben» (wobei die EU durch Zulassung genmanipulierter Pflanzen dieses «Gas geben» auf der anderen Seite auch unterstützt),
  - wenn die Exportsubventionierung an die genannten Grenzen stösst,
  - wenn die Überschussproduktion mit Preisen und Prämien nicht weiter gefördert werden soll und
  - wenn auch die Budgetmittel begrenzt und diese zudem extrem ungerecht verteilt sind (die Hauptnutznießer sind die Lagerhaltungs- und Verwertungsorganisationen, die Lebensmittelindustrie und der kleinere Teil der grossen EU-Landwirte)
- dann bleibt den Verantwortli-

chen für die EU-Agrarpolitik tatsächlich nicht mehr viel anderes übrig

- als die Preise auf ein Niveau zu senken, das es erlaubt, Überschüsse ohne oder mit nur geringen EU-Steuerabwendungen auf den Weltmarkt zu werfen,
- die Prämien, soweit sie abgesenkte Preise kompensieren sollen, zurückzunehmen, denn sonst wird sich bei den Bauern die Lust zur Produktionssteigerung wohl kaum verringern,
- In erster Linie jene zu belohnen, die durch eine umweltschonende Produktion am wenigsten zur Steigerung der Überschussproduktion beitragen.

Natürlich ist dieser Weg für die Bauern «Pest» und «Cholera» zugleich. «Pest» weil die Agrarpreise für den grösseren Teil der Bauern keinesfalls mehr die wirtschaftliche Wahrheit sprechen, «Cholera», weil die absolute Abhängigkeit von EU-Steuerlöpfen noch grösser wird. Weil der «Karren» aber nun schon so verfahren ist, gibt es, wenn man vorläufig nicht bereit ist, neue Wege zu gehen, wohl kaum eine andere Lösung.

Eine gewisse Entschärfung des Überschussproblems wäre dann möglich, wenn die EU bereit wäre

- a) Massnahmen zur besseren Futtereigweiss-Selbstversorgung zu ergreifen, (weil in der EU eine Futtereigweisslücke besteht),
- b) anstatt den Weltmarkt zu den

dort herrschenden Preisen bedienen zu wollen, den Anbau nachwachsender Rohstoffe auf jenen Flächen zu fördern, die für die EU-Selbstversorgung nicht benötigt werden.

Es scheint aber so zu sein, dass die EU diese Wege nicht gehen will bzw. im zweiten Fall, mangels einer übergreifenden Zusammenarbeit der daran beteiligten Stellen, nicht gehen kann.

### Gentechnik und EU-Reformvorschläge

Um nun wieder auf die eingangs genannten Anlässe der Schlagzeilen zurückzukommen: Die immer unerträglicher werdende Widersprüchlichkeit mancher oder vieler Agrarpolitiker und auch Bauern zeigt sich darin.

- dass sie sich zumindest in der gegenwärtigen Situation einerseits nicht energisch gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft, die uns auf jeden Fall höhere Produktionsmengen beschermen wird, zur Wehr setzen, ja diese sogar befürworten und
- auf der anderen Seite heftigste Kritik und Klagen gegenüber den Agenda-Vorschlägen führen, die weitere Preissenkungen als Folge steigender Produktionsmengen verursachen.

Das heisst mit anderen Worten: Sie bekämpfen auf der einen Seite, was sie auf der anderen Seite fördern. ALLEN Ärger nach Brüssel zu kanalisieren ist daher unfair.

## Die historischen Versäumnisse der Landwirtschaft

Historisch gesehen muss man den Vertretern der Landwirtschaft und auch vielen Bauern, auch wenn es unter ihnen viele gegeben hat und auch heute noch gibt, die dieser Vorwurf nicht treffen kann, zwei grosse Versäumnisse vorwerfen:

1. Sie haben nicht erkannt, dass bei einer Überschussituation eine ganz andere Agrar- und Förderungspolitik notwendig ist, sogar eine entgegengesetzte gegenüber jener, bevor es soweit war.

2. Sie haben viel zu lange nicht erkannt, und sehr viele wollen es immer noch nicht wahrhaben, dass eine Produktionssteigerung, die nur irgendwo zu Lasten der Natur und Umwelt geht, kein Fortschritt, sondern im Prinzip ein Rückschritt ist.

Um so schlimmer, wenn dann zum Schaden der Umwelt auch noch Überschüsse zum Schaden der gesamten Landwirtschaft erzeugt werden.

Heute möchten wir uns aber nur mit dem erstgenannten Punkt weiter auseinandersetzen.

## Den Bauern endlich die Wahrheit sagen – sie auf die katastrophalen Folgen der Überschussproduktion hinweisen

### 1. Bei gesättigten Märkten ist jede weitere Produktionssteigerung ein Nullsummenspiel

Bei gesättigten Märkten (das gilt wohlgemerkt nur für solche) ist jede Produktionssteigerung in der Landwirtschaft (ertragreichere Sorten, höhere Milch- und Fleischleistungen) für die Landwirtschaft ALS GANZES ein Nullsummenspiel. Was die EINEN momentan

durch höhere Erträge, gewinnen, verlieren die ANDEREN. Sie verlieren es dadurch, weil sich die Überschussproduktion weiter erhöht und diese die Preise weiter drückt. Im Endeffekt bleiben damit die Einkommenserlöse für alle Bauern INSGESAMT gleich, wenn sie nicht gar noch schlechter werden. Dies nur mit dem Unterschied: jene, die bei neuerlich sinkenden Preisen wirtschaftlich nicht mehr mithalten können, werden aus dem Beruf verdrängt. Tausende Bauern

verlieren damit ihre berufliche Existenz.

Die anderen produzieren grössere Mengen bei niedrigen Preisen und haben im Endeffekt auch nicht mehr. Wenn sie dann noch viel Flächen oder Quoten pachten müssen, haben sie womöglich noch weniger.

### 2. Klassenkampf – auf agrarisch

Die Grossen verdrängen die

Kleinen, jene die nie genug haben, jene, die Beschränkungen akzeptieren, jene die weniger sachte mit der Natur umgehen, jene, die dafür auch Mengenverzichte in Kauf nehmen. Anstatt den Bauern bei jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit, vor allem auch in der bauerlichen Presse, zu sagen, dass bei den heutigen gesättigten Märkten und den miserablen Weltmarktpreisen jede Produktionssteigerung für die Bauern ein Wahnsinn und für die Landwirt-

schaft insgesamt der grösste Schaden ist, rechtfertigt man sich mit der Feststellung: «der Strukturwandel wird weitergeben».

### 3. Statt Anerkennung auch noch Kritik

Am meisten müsste den Bauern und ihren Vertretern noch Folgendes zu denken geben. Die Überschussproduktion mit den katastrophalen Folgen für die Bauern bewirkt, dass die Konsumenten, oder zumindest die Lebensmittelindustrie und der Le-

bensmittelhandel, noch nie so wenig für Lebensmittel bezahlen mussten wie derzeit. Trotzdem zeigen sich die Konsumenten nicht einmal von Herzen dankbar. Im Gegenteil: Sie kritisieren, und das mit Recht, die Umweltbelastung durch die Landwirt-

schaft. Warum dann noch weiter einem fragwürdigen Fortschritt im Hinblick auf die Produktionssteigerung nachjagen?

Aus: Aktives Land  
1/98, A-6142 Mieders

#### Wie lange lassen sich das die Bauern noch gefallen?

Die grossen Überschussmengen werden in der EU zweifellos vom kleineren Teil der grossen Landwirte in den Gunstlagen erzeugt. Damit ruinieren sie aber die Preise **aller** Bauern, auch die der **kleineren und mittleren**. Nun fordern vor allem die Vertreter der ersten Gruppe noch die Erlaubnis zum Einsatz genmanipulierter Pflanzen. Dabei werden sie auch noch von den führenden Agrarvertretern, die zu einem bedeutenden Teil aus der erstgenannten Gruppe stammen, unterstützt. Diese Gruppe kassiert auch das grosse EU-Geld und ruiniert mit der ständigen Produktionssteigerung die Einkommen der kleineren und mittleren Bauern. Wie lange lassen sich die letztgenannten Bauern das noch gefallen? Wo sind die bäuerlichen Vertreter, die auf deren Seite stehen?

#### Milchquotenregelung – Schädigung durch Entgegenkommen

Die geplante Milchquotenerhöhung, gerade für jene, für die sie am wünschenswertesten erscheint, wird vermutlich für die Bauern insgesamt wieder zu einem Schuss, der nach hinten losgeht.

Eine Erhöhung der Quoten auf einem schon gesättigten, preisumkämpften Markt erhöht den Konkurrenzkampf und drückt den Preis wiederum für **alle** Bauern. Vermutlich dürfte die Quotenerhöhung nichts anderes sein, als ein «gelockerter» Übergang zur Quotenabschaffung.

Was das für die kleineren Milcherzeuger bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen.

## Genmais gefährdet Gesundheit

Die Abstimmung über die Genschutz-Initiative ist Geschichte. Das Thema scheint vom Tisch zu sein. Sollte sich die Befürchtung des Pasteur-Instituts bestätigen, wie im nachstehenden Artikel wiedergegeben, können wir uns noch auf einige Überraschungen gefasst machen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dereinst einmal mehr diejenigen Recht bekommen, die jetzt auf verlorenen Aussenseiter-Posten vergeblich warnen. Nur wird dannzumal der Schaden kaum mehr zu reparieren sein. *Red.*

### Das Pasteur-Institut warnt vor Antibiotika-Resistenz

Immer mehr Wissenschaftler warnen vor dem genmanipulierten Bt-176-Mais der Firma Novartis. Jetzt hat auch das renommierte Pariser Pasteur-Institut die Bedenken bestätigt: Die in den Mais eingebaute Antibiotika-Resistenz könne sich auf gefährliche Krankheitserreger übertragen, gegen die die Mediziner dann machtlos seien. Das Resistenz-Gen macht den Mais widerstandsfähig gegen das Antibiotikum Ampicillin sowie mehrere Penicillintypen. Dieses Resistenz-Gen wird aus technischen Gründen eingebaut. Wirtschaftlich bedeutsam ist die gentechnische Veränderung, die den Mais vor dem Maiszünsler schützt. Die Resistenz-Gene gegen Antibiotika können sich jedoch auf Bakterien, die im Magen- und Darmtrakt von Tieren und Menschen sowie auf dem Acker vorkommen, übertragen. Die Folge: Gefährliche Krankheitserreger – unter anderem Erreger von Lungen- und



Gehirnhautentzündung, Angina, Scharlach oder Diphtherie – können mit Ampicillin und Penicillin, zwei gängigen Antibiotika, nicht mehr wirksam bekämpft werden. Durch Mu-

tationen des Resistenz-Gens, so Professor Patrice Courvalin vom Pasteur-Institut, könnten auch andere Antibiotika für die Krankheitsbekämpfung verloren gehen.

Vor dem Gesundheitsrisiko warnte bereits im März 1998 das Öko-Institut Freiburg. Die Umwelt-Organisation Greenpeace fordert, das Produkt vom Markt zu nehmen. Zudem haben sich mehrere EU-Mitgliedstaaten gegen den Novartis-Mais ausgesprochen, darunter auch das eher gentechnikfreundliche England. In Norwegen sind alle gentechnisch veränderten Pflanzen mit Antibiotika-Resistenzen verboten. Österreich und Luxemburg haben ein Importverbot für den Novartis-Mais verhängt. Das Berliner Robert-Koch-Institut, das in Deutschland für die Zulassung und die Kontrolle der gentechnisch veränderten Pflanzen zuständig ist, sieht hingegen weiterhin in der Vermarktung des Novartis-Maises keine Gefährdung für den Verbraucher.

(Aus den Mitgliedinformationen des Ernte-Verbandes OÖ.)